

„Wir wollen Gerechtigkeit schaffen“

Der einstige DDR-Bürgerrechtler Roland Jahn leitet heute die „Stasiunterlagenbehörde“

Wiesloch. (hds) Roland Jahn blickt auf eine bewegte, für ihn persönlich aufwühlende Vergangenheit zurück. Auf Einladung des Kulturforums Südliche Bergstraße gab der einstige DDR-Bürgerrechtler einen Einblick in seinen Kampf gegen den Unrechtsstaat und sein jetziges Wirken. Denn Jahn leitet seit 2011 die „Stasiunterlagenbehörde“ (BStU). „Wir haben eine Unzahl von Unterlagen, die Ordner ergeben aneinandergesetzt eine Strecke von 111 Kilometern“, berichtete er im Wieslocher Kulturhaus im Dialog mit Gert Weisskirchen.

Die umfangreiche Sammlung enthalte jedoch längst nicht alle Überbleibsel einer Dokumentationsfülle, die vom DDR-Regime, und hier insbesondere von der Staatssicherheit, angelegt worden war. „Einiges wurde vernichtet, verbrannt oder zerschreddert“, erläuterte Jahn die schwierige Aufgabe seiner Behörde, deren erster Chef der heutige Bundespräsident Joachim Gauck war. „Mit der Akteneinsicht bieten wir vielen die Gelegenheit, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, und erreichen, dass Betroffenen ein Stückchen Selbstbestimmung zurückgegeben wird“, betonte Roland Jahn.

Inzwischen wurden rund sieben Millionen Anträge zur Aktennutzung gestellt, allein über drei Millionen in Sachen „persönlicher Ansicht“. Es sei von Anfang an darum gegangen, sich des brisanten Themas mit der gebotenen Sorgfalt anzunehmen. „Denn in den Unter-

lagen sind viele vertrauliche Situationen aufgeführt und wir wollen natürlich nicht, dass all das einer breiten Öffentlichkeit zugänglich ist“, so Jahn. Man werde bezüglich der Vorgehensweise und der behutsamen Handhabung speziell vom Ausland gelobt. „Wir wollen Gerechtigkeit schaffen“, sagte Jahn. Anfänglich hatte die Behörde über 3000 Mitarbeiter, heute sind es noch 1600, die aber nach wie vor „gut beschäftigt“ seien. So müssen schrittweise noch Schnipsel – 15 000 Säcke wurden sichergestellt – zumammengesetzt werden, um ein lesbares und verwertbares Puzzle zu erstellen.

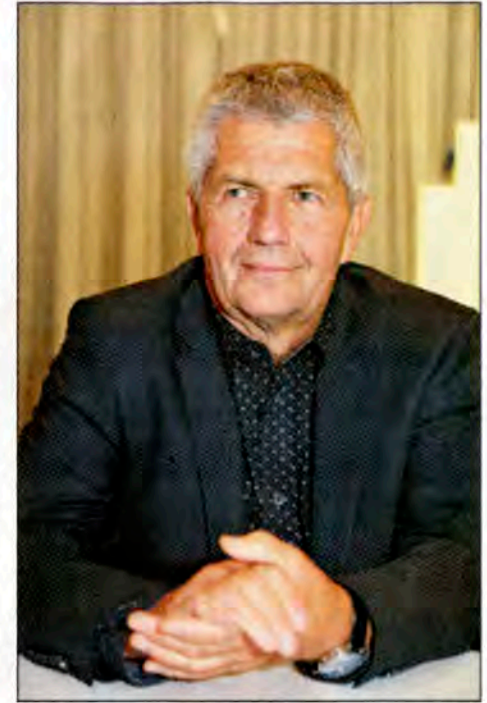
Rolling Stones und Beat-Club

„Als ich in den achtziger Jahren in der DDR im Gefängnis saß, hätte ich mir natürlich niemals ausgemalt, einmal eine solche Behörde zu leiten“, meinte Jahn. Bevor er 1983 zu den Mitbegründern der oppositionellen „Friedensgemeinschaft Jena“ gehörte, verlief sein Leben eher in den altbekannten Klischees. „Wir haben Stones gehört, Westfernsehen geschaut und erlebten damit auch unzensuriert den Prager Frühling“, erzählte er. Ein Besenstiel diente in der elterlichen Wohnung als Stützmaße für eine selbst gebastelte Antenne und oft musste, so Jahn schmunzelnd, an Samstagen entschieden werden, ob Putzen oder Beat-Club im TV angesagt war. Man habe einen Eiertanz

zwischen Anpassung und Widerspruch vollführt. „Wir haben vieles erfahren, aber in jenen Tagen nicht ausdiskutiert“, sagte er. Das hat er in seinem Buch „Wir Angepassten“ beschrieben.

Für ihn selbst war die Ausbürgerung Rolf Biermanns der Anlass, sich nicht nur innerlich aufzulehnen. Mit Gleichgesinnten demonstrierte er auf unterschiedliche Art. Unter dem Vorwurf marxistischer „Wissenslücken“ wurde er 1977 exmatrikuliert und arbeitete fortan als Transportarbeiter beim VEB Carl Zeiss Jena „zur Bewährung in der Produktion“. Jahn lehnte sich indes weiterhin offen gegen die SED-Diktatur auf. Einschneidend sei der Tod eines Freundes 1981 in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Gera gewesen.

Nach einer Protestaktion bei der Militärparade am 1. Mai 1982 wurde Jahn mehrfach festgenommen und verhört. Er kam für sechs Monate in Untersuchungshaft, weil er sich mit der Protestbewegung in Polen solidarisierte, wurde zu 22 Monaten Haft wegen „öffentlicher Herabwürdigung der staatlichen Ordnung“ verurteilt, kam aber nach internationalen Protesten und Berichten in bundesdeutschen Medien wieder frei. In der Haft unterschrieb er unter Zwang einen Ausreiseantrag, den er nach der vorzeitigen Haftentlassung wieder zurückzog. Allerdings wollte das Regime den „Unruheherd“ loswerden und im Juni 1983 war die gewaltsame Ausbürgerung die Folge.



Roland Jahn sprach in Wiesloch über seinen Widerstand in der ehemaligen DDR und über die Arbeit der „Stasiunterlagenbehörde“, die er leitet. Foto: Pfeifer

Nach seiner erzwungenen Ausreise lebte Jahn in Westberlin. Er wollte in die DDR zurück und weigerte sich zunächst, den Pass der Bundesrepublik anzunehmen. Von 1985 bis 1987 bearbeitete er am Hamburger Institut für Sozialforschung das Studienprojekt „Opposition in der DDR“. Zudem war Jahn als freier Journalist tätig. Und das immer unter Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit – er wurde auch im Westen bis 1989 von der Stasi verfolgt und abgehört.